

Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Kersten Artus, Norbert Hackbusch, Tim Golke,
Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Mehmet Yildiz (DIE LINKE) und Fraktion**

zu Drs. 20/5255

Betr.: Transparenz bei Schulbau Hamburg

Laut Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft „Gründung eines Landesbetriebes Immobilienmanagement und Grundvermögen – Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014“ nach § 32 LHO vom 18.09.12 gehört unter anderem „Mehr- oder Mindererlöse aus Anlagenabgang“ zu den wesentlichen Positionen im Erfolgsplan des Wirtschaftsplans. In der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft „Neuausrichtung von Bau und der Bewirtschaftung der staatlichen Schulimmobilien“ wird auf Seite 7, fünfter Absatz ausgeführt, dass eine Reduzierung der Gesamtflächen um 10 Prozent unter Beibehaltung eines Flächenpuffervolumens von circa 10 Prozent das Ziel ist, um die Senkung von Bewirtschaftungskosten auszuschöpfen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. eine anderweitige Verwendung von Flächen und Grundstücken aus dem Bestand von Schulbau Hamburg beziehungsweise des zu gründenden Landesbetriebes Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) der Bürgerschaft vor einer endgültigen Entscheidung zur Kenntnis zu geben,
2. die Berechnungsgrundlagen für die Mieterhöhung auf den Gebäudebestand von Schulbau Hamburg für die nachträgliche globale Mieterhöhung und die Kriterien für Mieterhöhungen der Einzelobjekte nach Wertverbesserungen darzulegen,
3. die Bewertung der Wirtschaftlichkeit von einer Unternehmensberatung wie in der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft „Gründung eines Landesbetriebes Immobilienmanagement und Grundvermögen – Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014“ nach § 32 LHO vom 18.09.12 unter IV. Seite 6 erwähnt, der Bürgerschaft zur Kenntnis geben.